



Die sehr gute lückenhafte Zusammenarbeit

LINKS BL · BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
214 · Ausgabe BL · BS · August 2024



Gesundheitsregion, Hochschulstandort, Kulturmetropole, Rheintunnel, Herzstück, Atemluft: Die beiden Basel arbeiten eng zusammen. Sie müssen auch. Und doch treten regelmässig Uneinigkeiten auf. Die beiden SP-Fraktionen in Land- und Grossrat plädieren dafür, die gute Zusammenarbeit zu bewahren.



Michela Seggiani,
Fraktionspräsidentin SP BS



Roman Brunner,
Fraktionspräsident SP BL

Die Metropolregion Basel ist für knapp eine Million Menschen Lebensraum und Lebensmittelpunkt. Die zahlreichen Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen sind zwar vorhanden, für die meisten Menschen aber nicht zentral. Die Kantonsparlamente von Basel-Stadt und Baselland sind gar per Verfassungen dazu angehalten, ein «kantons- und länderübergreifendes Zusammenwirken» anzustreben.

Bikantonale Knackpunkte

Dass die bikantonalen Kooperationen zwar von immenser Relevanz für die Region, jedoch nicht ganz einfach sind, zeigen regelmässig die Verhandlungen zum Universitätsvertrag, die vor allem von rechts als Drohmittel mit entsprechenden Gebärden

medial wirksam eingesetzt werden. Fast noch brisanter zeigt sich das beim vertraglich vereinbarten Projekt der «Gesundheitsregion Basel». Diesen gordischen Knoten zu lösen, wird eine der grossen Herausforderungen der kommenden Jahre. Auch bei den Projekten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur – denken wir an die Velovorzugsrouten, die Erschliessung des Bachgrabenareals, den Rheintunnel oder das Herzstück – stösst der Föderalismus an seine Grenzen.

Austausch zwischen den Fraktionen

Für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit spielt die Arbeit der Regierungen, der Verwaltungen und der Parlamentskommissionen eine grosse Rolle. Auf Fraktionsebene sind gleichlautende Vorstösse in beiden Parlamenten manchmal zielführend. Allerdings ist der Austausch zwischen den themenspezifischen Arbeitsgruppen und unter den einzelnen Fraktionsmitgliedern fast noch wichtiger. Wir fragen uns gegenseitig, wie «das bei euch» ist, und klären ab, ob eine bikantonale Arbeit Sinn macht oder nicht.

Wir wollen aber nichts schönreden: Im Politalltag kommt die Zusammenarbeit oft

zu kurz, und man schaut, föderal getrimmt, vorwiegend darauf, was im eigenen Kanton ansteht.

Nicht alleine, aber jeder für sich?

Aktuell scheint die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen gerade auf eine neue Prüfung zuzusteuern. Nebst den genannten Drohungen gegen den Univertrag hat Baselland einseitig entschieden, das gemeinsame Lufthygieneamt aufzulösen. Zusätzlich hat der Diskurs bezüglich Aufhebung des Paritätsprinzips bei gemeinsam finanzierten Projekten im Allgemeinen Schwung erhalten. Mit Blick auf die Lebensrealität der Menschen fragen wir uns, wie denn eine Partnerschaft auf Augenhöhe funktionieren soll, wenn doch jeder Kanton nur für sich schaut? Sollen die Menschen nur noch da arbeiten, wo sie wohnen? Sollen sie nur noch da zur Ärztin, wo sie Steuern zahlen? Und auch die Musik hören, die von «ihrem» Staatshaushalt unterstützt wird? Und wie halten wir das Abgas an der Kantonsgrenze auf?

Es sind rhetorische Fragen. Die Arbeit über die Kantonsgrenzen hinaus ist nicht einfach und manchmal anstrengend. Sie ist aber zielführend und produktiv. Denn schlussendlich sind wir eine gemeinsame Metropolregion. Mindestens auf Fraktionsebene führen wir unsere Zusammenarbeit fort und werden Seite an Seite weiter auf eine gute Zusammenarbeit der Behörden pochen.

Wir ergreifen Partei für ein soziales Basel-Stadt

Am 20. Oktober 2024 wählen wir in Basel-Stadt ein neues Parlament. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat verhindert griffige Massnahmen für dringende Probleme wie die schwindende Kaufkraft, die Klimakrise und die Gleichstellung. Es braucht die SP, um die sozial, ökologisch und gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte zu stärken. Im Wahlkampf 2024 greifen wir die Themen auf, die unter den Nägeln brennen.



Noé Pollheimer, Mitglied der Wahlkampfleitung

Mieten und Krankenkassenprämien steigen rasant. Das Leben wird teurer und die Kaufkraft ist unter Druck. Löhne und Renten stagnieren oder werden gekürzt. Mit der Kita-Initiative wurden wesentliche Verbesserungen punkto Bezahlbarkeit und Entlohnung im Bereich der familienergänzenden Betreuung

erreicht. Wir wollen eine Politik, die nicht die Armen bekämpft, sondern die Armut. Wir stehen ein für eine Gesellschaft, in der niemand vergessen geht und in der alle dieselben Rechte haben. Es ist an uns, Partei zu ergreifen für ein soziales Basel-Stadt.

Der Klimaschutz und die Folgen der Klimakrise sind die grössten Herausforderungen unserer Generation. Wir müssen ihnen geschlossen entgegentreten: Basel-Stadt soll als «Klimaloggi» vorangehen und Vorbild sein. Dass die Bevölkerung in Basel-Stadt wächst, ist erfreulich, darf jedoch nicht dazu führen, dass Wohnraum in Basel-Stadt unbezahlbar wird, weil die Immobilienfirmen ihre Gewinne maximieren möchten.

Basel-Stadt ist geprägt von der Nähe zum europäischen Ausland und von der grossen Diversität in der Bevölkerung. Wir stehen entschlossen für die Demokratie ein und fordern das Einwohner:innenstimmrecht. Wir setzen uns konsequent gegen Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus ein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle gute Löhne und Renten bekommen – unabhängig vom Geschlecht, der Herkunft oder der Religion. Wir treten mit einem starken und vielfältigen Team an für Basel-Stadt.

Mobilisierung entscheidet Wahlen

Vor vier Jahren haben sich weniger als die Hälfte (43,5 %) der Wahlberechtigten an den Wahlen beteiligt. Das bedeutet, dass viele Menschen, die mit der SP sympathisieren, nicht zur Urne gegangen sind. Dieses Potential wollen wir besser ausschöpfen und in der heissen Phase unsere Wähler:innen und Sympathisant:innen an die Wahlen erinnern. Damit wir das schaffen, rufen wir möglichst viele von ihnen persönlich an.

Für ein **Ein-**
kommen
zum Auskommen.

Arbeit
darf
Familie
nicht verhindern.

Kauf-
kraft statt
Prämienschock.

Für uns steht der
Mensch
im **Zentrum.**

Basel bleibt
offen,
egal wen
du liebst.

Faire
Mieten
für Basel.

ATICI, SOLAND, SUTTER: SICHERE WERTE!

Das Regierungsteam der SP Basel-Stadt steht zuverlässig für einen sozialen und fortschrittlichen Kanton ein. Mit Herz, Verstand und viel politischer Erfahrung bildet es einen entscheidenden Teil des aktuellen Regierungsrats.

Mustafa Atici, Tanja Soland und Kaspar Sutter sind hoch motiviert, ihre Arbeit weiterzuführen. Sie sind die starken sozialen Stimmen in der Regierung. Die Leitplanken ihres Handelns sind: das Wohl aller

Basler:innen, Chancengerechtigkeit und eine sichere Zukunft für die kommenden Generationen. Mit einem ausgeprägten Sinn für die sich ständig wandelnden Realitäten gestalten sie unseren Kanton mit. Nur mit Mustafa Atici, Tanja Soland und Kaspar Sutter in der Regierung wird das soziale Basel erhalten und werden die Klimaziele erreicht. Ihre Zuverlässigkeit und ihre verbindende Art zu politisieren sind ein grosser Gewinn für Basel-Stadt.

ZUSAMMEN MIT **BastA!** UND **GRÜNEN**
#5xZUKUNFT

SP

**Starke
Stimmen**
für ein soziales Basel

Am 20. Oktober
wieder
in den Regierungsrat

bisher **Tanja Soland**
bisher **Kaspar Sutter**
bisher **Mustafa Atici**

**Gemein-
schaft** statt
Ausgrenzung.

Weil
Öko
logisch ist.

Klima
statt Profite
schützen.

Willst du ein Plakat mit einem dieser
Sujets? Bestelle eines über unsere
Website: www.wahlen-bs.ch

SYSTEMATISCHE WAHLERINNERUNG WIRKT

Vermutlich hast du bereits einen Anruf oder eine Mail erhalten mit der Bitte, unsere Wähler:innen zu mobilisieren. Hast du in den letzten Wochen einen Anruf von einer unbekanntenen Nummer nicht beantwortet? Vermutlich war es eine Aktivist:in der SP.

Von Ende September bis Mitte Oktober rufen wir Personen an, von denen wir wissen, dass sie der SP nahe stehen. Wir erinnern sie daran, wählen zu gehen. Denn die Demokratie lebt nicht zuletzt von einer möglichst grossen Wahlbeteiligung.

Daten der Basiskampagne

Am 28. September sowie 5. und 12. Oktober telefonieren wir von mehreren Standorten im Kanton aus. Vom 30. September bis 17. Oktober treffen wir uns jeweils abends von Montag bis Donnerstag zum Mobilisierungstelefonieren.

Melde dich bei unseren Campaigner:innen für eine Aktion an: selma.akbas@sp-bs.ch, valeria.muster@sp-bs.ch, alexander.voegeli@sp-bs.ch oder über diesen QR-Code.

PS: Baselbieter:innen sind auch herzlich willkommen



Basel für Vereinbarkeit



Stefan Bringolf



Amina Trevisan



Melanie Nüssbaumer



Chaim Howald

Wir haben sichtbar unseren Erfolg mit der Kita-Initiative gefeiert: an zwei Samstagen mit Wasserbällen vor Gartenbädern und an einem Samstag mit Glacen in Parks und an anderen öffentlichen Orten.

Dank der Kita-Initiative der SP Basel-Stadt zahlen Eltern ab dem neuen Schuljahr monatlich bis zu 1000 Franken weniger für einen Kita-Platz. Ende August werden erstmals die Rechnungen mit deutlich reduzierten Beträgen verschickt. Damit bleibt den Familien mehr Geld im Portemonnaie.

Bisher war der Kita-Platz für viele Eltern im Kanton Basel-Stadt eine grosse finanzielle Belastung. Dies führte oft dazu, dass insbesondere Frauen ihre berufliche Tätigkeit ganz oder teilweise aufgaben, was langfristig zu tieferen Löhnen und Renten führt. Durch die finanzielle Entlastung stärken wir die Kaufkraft und verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit der Reduktion der Kita-Kosten leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Gleichstellung. Es ist ein grosser Schritt in Richtung einer familienfreundlichen Gesellschaft.

Dank einem guten Gegenvorschlag tritt die Kita-Initiative bereits jetzt in Kraft. Unterschriften für sie gesammelt haben wir während der Pandemie (2020–2021).

Darauf können wir als SP Basel-Stadt stolz sein. Um diesen Durchbruch mit der ganzen Bevölkerung zu feiern, gab es verschiedene Aktionen: Wir haben Wasserbälle («Wir bleiben am Ball») und Glacen verschenkt und einen Brief an alle Einwohner:innen versendet, um auf diesen riesigen Erfolg aufmerksam zu machen.

Vereinbarkeit: Mehr als Beruf und Familie

Oft wird der Begriff Vereinbarkeit verkürzt für die spezifische Vereinbarkeit von Beruf und Betreuung der eigenen Kinder verwendet. Auch wir in der SP nutzen ihn häufig so, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Kita-Initiative. Doch Vereinbarkeit kann viel mehr

bedeuten. Im Folgenden versuchen wir, die Perspektive zu öffnen – wir haben über mögliche politische Forderungen nachgedacht, die alle angehen.

1. Vereinbarkeit von Arbeit und politischem und gesellschaftlichem Engagement

Für viele, insbesondere für politisch aktive und gesellschaftlich engagierte Menschen, stellt sich die Frage, wie sich Beruf und Engagement vereinbaren lassen. Menschen finden die Zeit und Energie für Engagements wie Nachbarschaftshilfe, Mitarbeit in einem Verein oder einer Partei meist nur dann, wenn die Erwerbs- oder Familienarbeit sie nicht vollständig erschöpft. Dafür brauchen wir flexible Arbeitszeitmodelle, die politisches und anderes Engagement erleichtern. Arbeitgebende sollten politische Teilhabe fördern und nicht behindern. Als SP fordern

– für wen und von was?



wir, dass unbezahlte Arbeit – sei es in der Care-Arbeit, in Vereinen oder in der Politik – gesellschaftlich und finanziell stärker anerkannt und aufgewertet wird. Engagement ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts. Aber auch als Partei sind wir gefragt, beispielsweise unsere Sitzungszeiten und Ämter so zu gestalten, dass sie vereinbar sind mit den Verpflichtungen, die mit vielfältigen Lebensmodellen einhergehen können.

2. Vereinbarkeit von Arbeit mit Selbstverwirklichung, Selbstfürsorge und sozialen Beziehungen

In einer leistungsorientierten Gesellschaft wird oft die Frage vernachlässigt, wie Menschen ihre Freizeit gestalten und persönliche Erfüllung finden können. Arbeit, Familie, Freundschaften, Hobbys und Selbstfürsorge in Einklang zu bringen, ist für alle, nicht nur für Eltern, ein wichtiges Ziel. Wir müssen darauf drängen, dass Arbeitszeitverkürzungen und Sabbaticals für alle zugänglich werden, um Raum für persönliche Entwicklung und Raum für sich selbst zu schaffen. Ein guter Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Lebensphasen ist ebenfalls entscheidend für die Selbstverwirklichung.

Für viele Menschen gehört zu einem guten, erfüllten Leben das Geniessen von Kultur und körperlicher Bewegung. Als SP setzen wir uns dafür ein, dass Basel eine vielfältige Kulturstadt ist, mit Angeboten mit einem breiten Kulturverständnis – für alle attraktiv, zugänglich und bezahlbar. Wir setzen uns ein

für eine Infrastruktur, welche es allen Altersgruppen ermöglicht, sich zu erschwinglichen Preisen sportlich zu betätigen.

Ohne eine gerechte Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit bleibt die Selbstfürsorge und Selbstverwirklichung für Menschen, die Betreuungsarbeit leisten, in unserer Gesellschaft auf der Strecke. Deshalb muss weiterhin Teilzeitarbeit, insbesondere für Männer, gefördert und gesellschaftlich stärker anerkannt werden.

Wir ergreifen Partei für Rahmenbedingungen, die es Menschen ermöglichen, soziale Beziehungen zu pflegen und Einsamkeit vorzubeugen.

3. Vereinbarkeit von Arbeit und Gesundheit

Immer mehr Menschen werden krank aufgrund von schlechten oder stressigen Arbeitsbedingungen. Berufsbedingte Krankheiten und psychische Belastungen nehmen zu. Um dem entgegenzuwirken, braucht es gute, sichere Arbeitsplätze, griffige Arbeitsgesetze und eine verstärkte Gesundheitsprävention. Als SP fordern wir, dass Arbeitgebende verpflichtet werden, die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden aktiv zu schützen und zu fördern. Und wir müssen weiterhin dranhängen an der Forderung für eine generelle Reduktion der Arbeitszeit für alle, um die Belastungen zu mindern. Die Wichtigkeit ausreichender Erholungszeit darf nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau des Mindestlohns ein, damit alle ein gesundes und sicheres Leben führen können.

BRING DEIN ANLIEGEN ZUR VEREINBARKEIT EIN!

Als Vorkampagne für den ursprünglich geplanten Abstimmungskampf zur Kita-Initiative gab es seit mehr als einem Jahr einen Newsletter namens «Kita-Eltern». Damit wollten wir die direkte Zielgruppe abholen. Inzwischen haben wir den Newsletter umbenannt zu «Basel vereinbar», und die zugehörige Website heisst nun «Basel für Vereinbarkeit». Dort könnt ihr euch für den Newsletter eintragen und Anliegen zur Vereinbarkeit in jeglichen Belangen für Basel-Stadt vorbringen.

www.basel-vereinbar.ch

KAMPAGNENGRUPPE «BASEL FÜR VEREINBARKEIT»



Claudio Miozzari



Barbara Heer



Melanie Nussbaumer



Beda Baumgartner

Fazit

Vereinbarkeit steht für das Streben nach einem ausgewogenen, erfüllten Leben, das alle Dimensionen des Menschseins berücksichtigt. Unsere Aufgabe als sozialdemokratische Partei ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dies für alle Menschen ermöglichen – auch wenn sie z. B. Schicht arbeiten, alleinerziehend sind oder in Rente. Wir müssen uns für eine Politik einsetzen, die allen Menschen ein Leben in Balance und Würde ermöglicht, frei von Erschöpfung und existenziellen Sorgen.

Bei einzelnen chirurgischen und technischen Spezialdisziplinen besteht in den beiden Basel heute eine Überversorgung.

Gegen ständig steigende Gesundheitskosten

Am 22. September 2024 stimmen wir im Kanton Basel-Landschaft über eine Teilrevision des Gesundheitsgesetzes ab. Es geht dabei um die Zulassung von Leistungserbringern zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, konkret um die ambulante Zulassungssteuerung für Ärztinnen und Ärzte.



Urs Roth, Landrat SP,
Niederdorf

Bei der Schlussabstimmung über die Gesetzesänderung im Landrat stimmten SP, Grüne/EVP, GLP, Mitte und eine SVP-Mehrheit für diese Vorlage, während die FDP und eine Minderheit der SVP dagegen waren. Mit 60 Ja- zu 22 Nein-Stimmen gab es zwar eine satte Mehrheit. Das Vierfünftel-Mehr wurde jedoch nicht erreicht, weshalb das Gesetz der obligatorischen Volksabstimmung unterliegt.

Bei der ambulanten Zulassungssteuerung für Ärztinnen und Ärzte geht es um einen Auftrag gestützt auf Bundesrecht. Für die entsprechende kantonale Zulassungsplanung ab 1. Juli 2025 ist es notwendig, eine kantonale Gesetzesgrundlage zu schaffen. Nur so kann die Höchstzahlenverordnung gestützt auf Artikel 55a Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) umgesetzt werden. In den beiden Basel wurde ein gemeinsames Vorgehen gewählt und eine

gleichlautende Gesetzesgrundlage geschaffen. Das ist zu begrüssen, besteht doch auch ein gemeinsamer Gesundheitsraum (GGR), und im schweizweiten Vergleich weisen die beiden Basel eine sehr hohe Ärztedichte aus. Insbesondere bei einzelnen chirurgischen und technischen Spezialdisziplinen entstehen immer mehr Angebote und besteht heute eine Überversorgung.

Kostendämpfende Wirkung von Obergrenzen

Ohne Einführung einer Obergrenze mit der Höchstzahlenverordnung werden die Kosten ungebremst weiter ansteigen. Die beiden Regierungen BS/BL gehen von einer jährlichen Einsparung für den GGR von rund 7 Mio. Franken aus. Für Ärztinnen und Ärzte, welche bereits zur Abrechnung zugelassen sind, ändert sich nichts (Besitzstandswahrung). Von der Obergrenze ausgenommen sind zudem alle Fachgebiete der Grundversorgung (z. B. Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte).

Ohne Zweifel handelt es sich bei diesem Instrument um einen Markteingriff. Und aus ökonomischer Sicht kann man sich durchaus die Frage stellen, ob solche Markteintrittsbarrieren angesichts des künftigen Ärztenostandes sinnvoll sind. Aber die Zahlen in

unserer Region sprechen für sich: Man kann sicher in einzelnen Leistungsbereichen von einer Überversorgung sprechen, und deshalb können wir nicht einfach die Hände in den Schoss legen.

Das Gesetz soll – das wurde im Rahmen der politischen Debatte von allen Seiten verdeutlicht – mit Augenmass umgesetzt werden. Es sollen nur jene Fachgebiete reguliert werden, in denen es bereits eine sehr hohe Zahl von Fachärztinnen und -ärzten gibt und eine Überversorgung besteht. Voraussichtlich werden auf dieser Grundlage nur drei bis vier Fachgebiete mit Höchstzahlen zu regulieren sein.

Die SP Baselland hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 22. Juni 2024 einstimmig die Ja-Parole zur dieser Gesetzesrevision beschlossen.

«Ohne Einführung einer Obergrenze mit der Höchstzahlenverordnung werden die Kosten ungebremst weiter ansteigen.»

Parteitag SP Baselland 2035

Am 17. August kamen über 60 Mitglieder der SP Baselland im frisch renovierten Regierungsgebäude in Liestal zusammen. Gemeinsam diskutierten wir über die Zukunft der Partei, tauschten uns über die Mitgliederentwicklung aus, debattierten über Ideen und Positionen und stärkten unsere Auftrittskompetenz sowie Konfliktfähigkeit. Die Herausforderungen im bürgerlichen Baselbiet sind vielfältig – doch der diesjährige Parteitag hat gezeigt, dass auch unsere Ideen es sind. Zusammen können wir eine starke, zukunftsfähige und schlagkräftige SP Baselland gestalten. Wir haben sechs Teilnehmende gefragt: Wie sieht deine SP Baselland im Jahr 2035 aus?

Bilder: Yasmine Perrinjaquet



«Meine Hoffnung ist, dass wir spätestens bis dann einen zweiten Regierungsratssitz haben, wieder die grösste Fraktion im Landrat sind und mindestens 10 – 15 % mehr Mitglieder haben!»

Claude Hodel, Reinach, Sozialpolitiker



«Ich wünsche mir, dass die SP eine inklusive Partei sein wird.»

Linus Jäggi,
Biel-Benken, Neumitglied



«Ich wünsche mir für die SP 2035, dass wir als stärkste Kraft das Baselbiet prägen und diese Vision mit vielen verschiedenen Menschen und Perspektiven verfolgen.»

Julie von Büren, Muttenz,
Co-Präsidentin SP Muttenz



«Ich hoffe, dass sich die SP bis dahin noch mehr für eine starke Bildung eingesetzt hat und der Kanton weder bei der Bildung noch bei der Frühförderung spart.»

Vreni Buser, Liestal, Neumitglied



«Ich wünsche mir eine offene und innovative SP, die sich bis dahin verjüngt hat.»

Ruth Wittlin, Oberwil,
Vorstandsmitglied SP Oberwil



«Für die SP Baselland 2035 wünsche ich mir, dass sich mehr junge Menschen engagieren und die Partei auch in kleineren, ländlichen Gemeinden präsenter ist.»

Lars Trachsler, Gelterkinden, Präsi-
dent SP Gelterkinden und Umgebung

AUS DEM GROSSEN RAT

Gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung



Michela Seggiani,
Fraktionspräsidentin

Die furchtbaren Geschehnisse in Nahost waren der Auslöser dafür, dass im Mai Räumlichkeiten der Universität von pro-palästinensischen Gruppen besetzt wurden. Zu den Besetzungen, zur Haltung der Universität und der Regierung sowie zur Polizeiarbeit gibt es unterschiedliche Meinungen und Perspektiven.

Dialog muss an der Universität möglich sein

In der SP-Fraktion gab es das Bedürfnis, sich zu den Besetzungen zu äussern. Eine Resolution der Bürgerlichen konnten wir jedoch

klar nicht unterstützen. Sie forderten u. a., dass die Universität und die Regierung keinen Dialog mit Besetzenden führen. So ein Grundsatz würde eine wichtige Form von politischem Aktivismus unterbinden. Auch die Forderung, Besetzungen so rasch wie möglich zu beenden, ist ein falscher Fokus. Den Dialog zu suchen und eine friedliche Lösung zu finden, muss immer das primäre Ziel sein. Dies gilt erst recht bei einer Universität. Sie ist ein der Öffentlichkeit zugänglicher Raum, in dem Diskurse und gesellschaftliche Austauschprozesse stattfinden sollen.

Die Resolution wurde mit 50:40 Stimmen abgelehnt. Sie hätte für eine Überweisung ein Zweidrittelmehr benötigt.

Für Menschlichkeit und Frieden

Der Terror der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung, die massive andauernde Militäroperation, die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen und die Gefahr der

Ausweitung des Krieges sind furchtbar. Trotz aller Sprach- und Machtlosigkeit ist es wichtig zu zeigen: Unsere Haltung ist immer die Parteinahme für die Menschlichkeit und für den Frieden. Unsere Solidarität gilt den Opfern von Krieg und Terror, unabhängig von Herkunft oder Religion.

Sich als SP dezidiert gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung auszusprechen und zu wehren, ist umso wichtiger, weil diese in letzter Zeit stark zunehmen. Auch antisemitische Parolen wie «From the River to the Sea» sind inakzeptabel.

Öffentliches Statement

Gemeinsam mit dem Grünalternativen Bündnis (GAB) hat die SP-Fraktion ein Statement «für differenzierten Dialog, gegen Antisemitismus und Rassismus, gegen Eskalationsstrategien» veröffentlicht.

Dieses ist unter www.sp-bs.ch/medienmitteilung zu finden.

AUS DEM LANDRAT

Stellvertretungen im Landrat – das Vorgeschlagene genügt nicht

Bei längeren Abwesenheiten im Landrat aufgrund von Unfall, Krankheit oder Mutterschaft bzw. Vaterschaft können keine Stellvertreter:innen eingesetzt werden. Das heisst, die Stimme dieser Person fehlt der Fraktion. Und wie wir wissen, kann eine Stimme entscheidend sein.



Désirée Jaun,
Landrätin

Dieser Thematik widmet sich eine Motion, die bereits im Juni 2021 vom Landrat zur Umsetzung überwiesen wurde. Die Forderung lautet, dass insbesondere für die erwähnten Abwesenheiten eine Stellvertretungslösung gefunden werden soll. Mögliche Lösungsansätze für die Dauer der Abwesenheit von drei bis sechs Monaten wären das Nachrücken einer Person von der Parteiliste oder dass

eine definierte Landrätin bzw. ein definierter Landrat zwei Stimmen vergeben könnte.

Da das Thema auch das Parlament auf Bundesebene beschäftigte, wurde sinnvollerweise dessen Lösung abgewartet. Seit dem 1. Juli 2024 können nun gewählte Mütter sowohl auf Bundes- als auch Kantons- und Gemeindeebene an Rats- und Kommissionssitzungen teilnehmen, ohne dass ihr Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung dadurch beendet wird. Diese Möglichkeit ist zwar im Sinne der Entscheidungsfreiheit der Mütter, doch sie ist nicht die in Baselland geforderte Lösung. Die Bundeslösung deckt beispielsweise krankheits- oder unfallbedingte Abwesenheiten nicht ab. Zudem widerspricht sie dem Zweck des Mutterschutzes, da sie den

Druck erhöht, an den Sitzungen teilzunehmen. Denn nur so kann verhindert werden, dass der Fraktion eine wichtige Stimme fehlt.

Trotzdem war die behandelnde Justiz- und Sicherheitskommission BL der Meinung, dass die Bundeslösung übernommen werden sollte, um der Forderung zu entsprechen. Eine Mehrheit des Landrats sah das jedoch im März 2024 erneut anders und erteilte der Kommission ein zweites Mal den Auftrag, eine umfassende Lösung für Stellvertretungen zu erarbeiten. Denn nur eine solche Lösung trägt unter anderem zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei!

Allerdings brachte auch dieser erneute Auftrag keine Lösungsvorschläge hervor. Stattdessen möchte die Kommission wiederum nur die dürftige Bundes-Teillösung übernehmen und die Motion als erledigt abschreiben lassen. Die Diskussion im Landrat steht demnächst bevor. Die SP-Fraktion setzt sich weiterhin für eine zufriedenstellende Lösung ein!